Hamburgs Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks auf dem WINEG-Kongress

„Endlich altes Denken abgelöst“

Anlässlich der Geburtagsfeier zum zehnjährigen Bestehen des vor zehn Jahren gegründeten „Wissenschaftlichen Institut der TK für Nutzen und Effizienz im Gesundheitswesen“ (WINEG) fand Hamburgs Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz Cornelia Prüfer-Storcks klare Worte für das Verhältnis von Versorgungsforschung und Politik. Sie selbst hätte für ihre Entscheidungen gerne und öfter „eine rationale Grundlage“, doch was dann die Poltik mit den vvon der Versorgungsforschung erarbeiteten Ergebnissen mache, sei ein anderes Thema. Prüfer Storcks, durchaus mit einer Portion Politik-Selbstkritik: „Ich bin der Meinung, dass wir schneller und entschiedener Konsequenzen aus Ergebnissen der Versorgungforschung ziehen könnten.“

>> Prüfer-Storcks findet es absolut richtig, wie sie in ihrem Vortrag zum Zehnjährigen des WINEG ausführte, dass die gesetzlichen Krankenkassen Versorgungforschung betrieben und dafür ihren Datenschatz einsetzen würden. Aber auch, dass die großen Kassenarten „ihre Stimme vernehmbar im Konzert derjenigen erheben, die sich mit Versorgungsforschung befassen“. Das seien die Universitäten mit ihren entsprechenden Instituten, aber auch das neue, staatlich legitimierte Institut IQTiG, das autorisiert sei, Routinedaten anzunehmen und auszuwerten. Das sei auch gut so und dafür habe sie sich stark gemacht. Das vor allem aus einem Grund: Wenn Politik Entscheidungen auf Versorgungsforschung basieren wolle, dürfte dieses Unterfangen eben nicht nur auf Versichertendaten einer bestimmten Krankenkasse fußen, sondern muss – so Prüfer-Storcks Meinung – „die Datengrundlage aller Versicherten und Patienten heranziehen können“. Darum sei sie froh, dass mit dem Start des IGTiG das Thema Nutzung der Routinedaten nach vorne gebracht worden sei, denn sowohl das Wissen der bisherigen Versorgungsforschung als auch das der Qualitätssicherung im Krankenhausbereich sei noch viel zu beschränkt. Prüfer-Storcks: „Wir wissen, dass die Patienten im Durchschnitt acht Tage im Krankenhaus liegen, aber nicht, was danach passiert! Dies sei ebenso wie das Thema regionaler Versorgungsunterschiede nach wie vor eine Blackbox, darum müsse man die einzigen Daten, die hier zur Verfügung stünden – eben jene der gesetzlichen Krankenkassen – auch nutzen.

Diese Legislaturperiode, so Prüfer-Storcks weiter, stünde bekanntlich deutlich unter dem Leitgedanken der Qualität, oder genauer: dem Willen der Politik, die politischen Entscheidungen an Qualität zu orientieren. „Damit haben wir endlich auch altes Denken abgelöst“, verdeutlicht an der Stelle Hamburgs Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz. Denn lange Zeit sei in Deutschland der vorherrschende Gedanke der Politik gewesen, gute Versorgung sei dichte Versorgung und wohnortnahe Versorgung deshalb das A und O. Dass Wohnortnähe nicht alles sei, gerade wenn sich



Krankenhäuser nicht oft genug an bestimmten Behandlungen versuchen, sei in die Politik nicht so richtig vorgedrungen, die lange Zeit gedacht habe, dass das, was medizinische Einrichtungen aus sich heraus erzeugen würden, schon Qualität genug sei, weil die dort handelnden schließlich Medizin studiert hätten. Aus diesem Grunde müsse man einmal wertschätzen, meint Prüfer-Storcks, was sich in dieser Legilsaturperiode vollzogen habe, wenn auf einmal Qualität zur Grundlage von Politik-Entscheidung gemacht würde; umso mehr, als dass vielen gar nicht so bekannt sei, dass bisher im Krankenhausgesetz des Bundes Qualität überhaupt nicht als Kriterium vorgekommen sei. Prüfer-Storcks: „Bisher ging es um Wirtschaftlichkeit und wohnortnahe Versorgung und um sonst nichts.“

Dass mit dem poltisch gewollten Vorhaben der qualitätsorientierten Bedarfsplanung nun auf einmal ein Paradigmenwechsel stattgefunden habe, dämmere allmählich mehreren. Doch nun müssten auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden, wofür die Versorgungforschung schon einige Beiträge geleistet habe, indem sie auf Defizite und Unterschiede in der regionalen Versorgung sowie auf Probleme verschiedener Einrichtungen hingewiesen habe. Ihre Forderung: „Wir wollen zukünftige Entscheidungen noch stärker auf Evaluierung von Versorgungsmodellen und der Erprobung neuer Modelle basieren.“<<

Save the Date

VERSORGUNGS monitor FORSCHUNG 10 JAHRE

Regionale Versorgung
Analyse Modellprojekte Translation

FACHKONGRESS

17. März 2017
09:30 bis 18:30 Uhr

Bertelsmann Repräsentanz
Unter den Linden 1
10117 Berlin
Anmeldung: www.m-vf.de